



## **Religionen und Gesellschaft 2014**

Bericht zur gesellschaftlichen Situation und gemeinschaftlichen Entwicklung der Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich

Zürich, 23.6. 2015

Virginia Suter Reich und Mirjam Läubli

INHALTSVERZEICHNIS

I.	EINLEITUNG .....	2
II.	RELIGION UND GESELLSCHAFT .....	2
	Antisemitismus in der Schweiz .....	2
	IS: Reaktionen in der Schweiz .....	3
	Lehrplan 21 und Religion .....	4
	Islamische Theologie an der Universität Fribourg .....	5
	Öffentlich-rechtliche Anerkennung für den Islam .....	6
	Burkaverbot im Tessin .....	7
	Kopftuch-Debatte .....	7
	Kirchensteuer-Initiative .....	8
	Muslimischer Kindergarten in Volketswil .....	9
	Kreuzlinger Islamunterricht weiterhin möglich .....	10
III.	ENTWICKLUNGEN INNERHALB DER VERSCHIEDENEN RELIGIONEN UND GEMEINSCHAFTEN IM KANTON ZÜRICH .....	10
	Hinduismus .....	10
	Buddhismus .....	10
	Judentum .....	11
	Jüdische Dachverbände.....	11
	Jüdische liberale Gemeinde Or Chadasch JLG .....	11
	Israelitische Cultusgemeinde Zürich ICZ.....	11
	Christentum .....	12
	Römisch-katholische Kirche .....	12
	Orthodoxe Kirchen .....	14
	Evangelisch-reformierte Kirche .....	15
	Christ-katholische Kirche.....	16
	Ökumene .....	17
	Islam .....	17
	Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich VIOZ .....	17
	Interreligiöse Institutionen .....	19
	Rat der Religionen .....	19
	Haus der Religionen .....	19
	Interreligiöser Runder Tisch im Kanton Zürich.....	19
	Zürcher Forum der Religionen.....	20

## I. EINLEITUNG

Das Zürcher Forum der Religionen veröffentlicht neu jährlich einen Bericht zum Thema **Religionen und Gesellschaft** mit Fokus auf die Situation im Kanton Zürich. Der Bericht geht auf die Zusammenarbeit mit der Integrationsförderung Stadt Zürich zurück. Seit mehreren Jahren trägt das Zürcher Forum der Religionen im Auftrag der Integrationsförderung Stadt Zürich Informationen über die Entwicklungen innerhalb der Religionsgemeinschaften im Grossraum Zürich und in Bezug auf öffentliche Debatten zum Thema Religion und Gesellschaft zusammen. Angesichts des zunehmenden Interesses und kontrovers geführter Debatten zum Zusammenspiel von Religion(en), Gesellschaft und Staat, aber auch in Anbetracht der vielfältigen Dynamiken der religiösen Landschaft im Kanton Zürich, erkennt das Zürcher Forum der Religionen den Bedarf, einen solchen jährlichen Überblick zum Thema **Religionen und Gesellschaft** öffentlich zu machen.

Der vorliegende Bericht besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil werden Ereignisse und Debatten aus dem Kalenderjahr zusammengetragen, die das Verhältnis von Religion und Gesellschaft konkretisieren. Die Zusammenstellung beschränkt sich dabei nicht nur auf den Kanton Zürich, sondern bezieht sich auch auf Entwicklungen im nationalen, teils sogar internationalen Kontext oder in anderen Regionen der Schweiz, die Auswirkungen auf gesellschaftliche Dynamiken im Kanton Zürich haben können.

Der zweite Teil bietet einen Überblick zu den wichtigsten Entwicklungen und Ereignissen innerhalb der Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich, wobei sich dieser Überblick auf die Religionsgemeinschaften bzw. Religionstraditionen beschränkt, welche in regem Austausch mit dem Zürcher Forum der Religionen stehen.

Die Zusammenstellung der Entwicklungen in den Gemeinschaften basiert in erster Linie auf den praktischen Erfahrungen und persönlichen Einschätzungen der im Zürcher Forum der Religionen engagierten Delegierten der Mitgliederorganisationen<sup>1</sup>. Ergänzend wurden Medienberichte, Mitteilungen aus der Verwaltung und Veröffentlichungen der Religionsgemeinschaften (Newsletter, Zeitschriften, Zeitungen, Flyers, Internetseiten etc.) herbeigezogen.

## II. RELIGION UND GESELLSCHAFT

### Antisemitismus in der Schweiz

Die schwierige Situation im Nahen Osten, insbesondere der Krieg im Gaza, hat 2014 zu vermehrt wahrnehmbaren antisemitischen und rassistischen Übergriffen geführt.

Im Sommer kam es zu Kundgebungen in Reaktion auf die kriegerischen Auseinandersetzungen im Gaza. Am 31. Juli 2014 nahmen rund 1000 Personen an einer Kundgebung auf der Gemüsebrücke in Zürich teil<sup>2</sup>, um ihre Solidarität mit Israel zu bekunden. Zwei Wochen früher fand am selben Ort eine Pro-Palästina-Kundgebung statt. Es kamen ebenfalls rund 1000 Personen zusammen, und die Demonstration verlief friedlich. In den Tagen vor der Kundgebung war in sozialen Medien jedoch offen zu Gewalt gegen Schweizer Juden aufgerufen

---

<sup>1</sup> Eine Zusammenstellung der Mitgliederorganisationen des Zürcher Forums der Religionen findet sich auf <[www.forum-der-religionen.ch](http://www.forum-der-religionen.ch)>.

<sup>2</sup> Siehe Berg, Vivianne 2014: Friedliche Friedensdemo für Israel. *Tachles* (8. August).

worden.<sup>3</sup> Die Zürcher Polizei leitete wegen der Äusserungen Ermittlungen ein und der Schweizerische Israelitische Gemeindebund SIG reichte gegen sechs Hetzer Strafanzeige ein.<sup>4</sup>

Solche antisemitischen Aufrufe sind leider kein Einzelfall: In einem Brief an den Bundesrat<sup>5</sup> wiesen die beiden jüdischen Dachverbände SIG und die Plattform der liberalen Juden der Schweiz PLJS im August 2014 auf den aktuell stärker manifestierten Antisemitismus<sup>6</sup> hin. Verschiedene interreligiöse Foren haben in Reaktion darauf die Stimme gegen Antisemitismus, gegen Gewalt und für den Religionsfrieden erhoben.<sup>7</sup> Im Kanton Zürich veröffentlichte der interreligiöse Runde Tisch am 17. Juli einen „Appell zur Besonnenheit und zur Bewahrung des religiösen Friedens“. In dem Schreiben wird entschieden verurteilt, „wenn die hier lebenden Juden für die politische Situation im Nahen Osten verantwortlich gemacht werden“.<sup>8</sup>

Der Antisemitismusbericht der SIG zum Jahr 2014<sup>9</sup> weist denn auch einen deutlichen Anstieg der antisemitischen Vorfälle in der Schweiz nach.<sup>10</sup> Insgesamt erfasste der SIG 2014 66 antisemitische Vorfälle (ebd.); also dreimal so viele wie im Vorjahr. Die meisten davon passierten während oder kurz nach dem Krieg im Gaza. Solche Zusammenhänge wurden bereits in den Vorjahren festgestellt. 2014 war die Zunahme jedoch bedeutend stärker als früher; sowohl hinsichtlich der Anzahl wie auch der Schwere der Vorfälle (ebd.). Weiter wird im Bericht dargelegt, dass die Analyse zum Jahr 2014 zeige, dass ein bedeutender Teil der erfassten antisemitischen Vorfälle von jungen Menschen mit muslimischem Hintergrund stammten. Dieses Ergebnis hat die Herausgeberschaft dazu bewogen, den diesjährigen Expertenbeitrag dem Thema „Antisemitismus unter Muslimen“ zu widmen. Der Beitrag wurde von Ahmad Mansour verfasst. Mansour ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für demokratische Kultur in Berlin tätig. In seinem Beitrag schlägt Mansour mehrere Präventionsansätze vor, die vor allem darauf abzielen, dass Jugendliche an eine offene Diskussionskultur heran geführt werden sollen (ebd.).

Eine in dem Sinne etablierte Kampagne lancierte der Kanton Basel Stadt Anfang September 2014. Eine breite Allianz aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften lancierten die Aktion unter dem Slogan „Basel zeigt Haltung“<sup>11</sup>. Mit der Kampagne sollen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie bekämpft werden.

## IS: Reaktionen in der Schweiz

Dass militärische Grossaktionen heftige Reaktionen in der Bevölkerung auslösen können, haben muslimische Verbände im vergangenen Jahr noch in einem anderen Zusammenhang gespürt. Die Machtübernahme und

<sup>3</sup> Boyadjian, Rupen 2014: Friedliche Palästina-Demo trotz Hetze im Vorfeld. *Tages-Anzeiger* (22. Juli).

<<http://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/stadt/Friedliche-PalaestinaDemo-trotz-Hetze-im-Vorfeld/story/29420585>> (Zugriff: 14. April 2015).

<sup>4</sup> o.a. 2014: Antisemitische Hasstiraden auf Facebook. Israelitischer Gemeindebund klagt Hetzer an. *Sonntags Zeitung* (27. Juli).

<sup>5</sup> Vgl. Cimmino, Nicoletta 2014: Juden in der Schweiz bitten Bundesrat um Hilfe. *SRF NEWS* (online, 26. August).

<<http://www.srf.ch/news/schweiz/juden-in-der-schweiz-bitten-bundesrat-um-hilfe>> (Zugriff 14. April 2015).

<sup>6</sup> Im Newsmail der SIG vom 27. August 2014 werden die Häufungen antisemitischer Vorfälle seit Anfang Juli 2014 dokumentiert.

<[http://www.swissjews.ch/pdf/de/newsmail/Newsmail862014\\_de.pdf](http://www.swissjews.ch/pdf/de/newsmail/Newsmail862014_de.pdf)> (Zugriff 14. April 2015).

<sup>7</sup> Zu erwähnen sind: die Stellungnahme der Evangelisch-Jüdischen Gesprächskommission vom 6. August 2014, die Mahnung der katholisch-jüdischen Gesprächskommission vom 25. Juli 2014 in der Zeitschrift *Tachles*, der Aufruf zur Wahrung des religiösen Friedens in der Schweiz vom Rat der Religionen oder die gemeinsam Erklärung der muslimischen und jüdischen Dachverbänden der Schweiz vom 15. September 2014.

<sup>8</sup> Siehe Stellungnahme zur Palästina-Kundgebung vom Interreligiösen Runden Tisch im Kanton Zürich:

<[http://www.rundertisch.ch/content/e137/index\\_ger.html](http://www.rundertisch.ch/content/e137/index_ger.html)> (Zugriff 14. April 2015).

<sup>9</sup> Antisemitische Äusserungen im Internet und in sozialen Medien sind in dieser Zahl nicht enthalten. (siehe <[www.antisemitismus.ch](http://www.antisemitismus.ch)>).

<sup>10</sup> SIG und GRA 2015: Antisemitismusbericht. 2015 (online). <<http://www.antisemitismus.ch/>> (Zugriff: 14. April 2015).

<sup>11</sup> Siehe Pressemitteilung des Präsidialdepartements des Kantons Basel-Stadt vom 28. August 2014 mit dem Titel „Basel zeigt Haltung: Für Offenheit und Fairness, gegen Fremdenfeindlichkeit“. <<http://www.bs.ch/news/2014-08-28-mm-60822.html>> (Zugriff: 14. April 2015).

terroristischen Angriffe der Milizen des Islamischen Staates IS hat in der Schweizer Öffentlichkeit zu einer Debatte geführt, welche Repräsentantinnen und Repräsentanten muslimischer Organisationen permanent dazu aufforderten, sich zu äussern und zu positionieren. In Form von Stellungnahmen sollten sie sich öffentlich vom Jihadismus distanzieren und die Verbindung der IS zum Islam erklären. Der monatlich online erscheinende Newsletter der Gesellschaft Schweiz – Islamische Welt GSIW verweist auf lange Listen von Zeitungsartikeln, in welchen Musliminnen und Muslime zu Wort kommen und ihr Verständnis des islamischen Konzepts des Jihadismus erklären oder die Gewalt von Terror-Milizen verurteilen, die vermeintlich im Namen des Islams handeln würden.<sup>12</sup> Dieser Rechtfertigungsdruck hat bei vielen Musliminnen und Muslimen ein Gefühl des Unbehagens ausgelöst. Gegenüber dem Radio SRF hat Mahmoud El Guindi, Präsident der Vereinigung Islamischer Organisationen in Zürich VIOZ und Vorstandsmitglied des Zürcher Forums der Religion, diesbezüglich festgehalten: „Wenn die Muslime sich dauernd von Sachen distanzieren, mit welchen sie ja gar nichts zu tun haben, dann bekommen die Mitbürger hier den Eindruck, wir seien nur Problemfälle. Und das ist auch nicht die Idee. Die Mehrheit der Menschen geht ihrem normalen Leben hier nach.“<sup>13</sup>

Und dennoch haben die Medienberichte, welche unverhältnismässig häufig von dieser Minderheit berichten, die sich einem konservativen oder sogar radikalen Islam verschrieben hat, das Potenzial, die Bevölkerung zu verunsichern. An dieser Stelle wären die Diskussionen um die Moschee El Furkan in Embrach zu nennen.<sup>14</sup>

Vor diesem Hintergrund schockierte die Meldung des Brandanschlags vom 7. Dezember 2014 auf eine albanische Moschee in Flums. Hisham Maizar, Präsident des Dachverbands Islamischer Gemeinden Ostschweiz, kommentierte im Tages-Anzeiger den Vorfall mit den Worten: „Wir erleben, was den Islam betrifft, turbulente Zeiten.“ Die Schweiz müsse dem Religionsfrieden Sorge tragen.<sup>15</sup>

## Lehrplan 21 und Religion

Wie bereits im letztjährigen Bericht erwähnt, haben in der Vernehmlassung zum Lehrplan 21 sowohl der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK sowie die Schweizer Bischofskonferenz Kritik geäussert. Die Deutschschweizer Erziehungsdirektion (D-EDK) geht in Ihrer Stellungnahme zu den Vernehmlassungsergebnissen auf diese Kritik ein und bekräftigt, dass im Lehrplan 21 ausgewählten christlichen Festen und jüdisch-christlichen Überlieferungen Rechnung getragen werden solle. Die Schülerinnen und Schüler sollen die religiösen Traditionen kennen lernen, die für das Verständnis unserer Gesellschaft und der heutigen Welt von Bedeutung seien. Gleichzeitig hält die D-EDK in der Stellungnahme nochmals fest, dass der Unterricht nach dem Lehrplan 21 einen religionskundlichen Ansatz verfolgt (*teaching about religion*). Damit soll gewährleistet werden, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichem Hintergrund am Unterricht teilnehmen können.<sup>16</sup>

Das Lehrmittel „Blickpunkt – Religion und Kultur“, welches für das im Kanton Zürich im Lehrplan eingeführte Fach „Religion und Kultur“ entwickelt wurde, entspricht einem solchen religionskundlichen Ansatz. Das Lehrmittel wurde 2014 mit dem internationalen Bildungspreis Worlddidac Award ausgezeichnet. Diese

<sup>12</sup> Siehe Archiv Newsletter der GSIW: <<http://gsiw.ch/newsletterarchiv.htm>> (Zugriff 14. April 2014).

<sup>13</sup> Interview mit Mahmoud El Guindi vom 7. September 2014 für die Sendung Echo der Zeit. <<http://gsiw.ch/newsletterarchiv.htm>> (Zugriff 14. April 2015).

<sup>14</sup> Vergleiche Lacourrège, Deborah und Katia Murmann 2014: Radikale Islamisten formieren sich in Zürich. *Blick* (26. Juni). Oder Waldmeier, Daniel 2014: „Der Dschihad ist im Moment kein Thema“. *20 Minuten* (1. Juli). Wie auch der Radiobeitrag von SF Radio „El Furkan – Skepsis bleibt“ vom 3. Juli 2014 <<http://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/moslem-verein-el-furkan-friedlich-oder-radikal-islamisch>> (Zugriff 14. April 2014). Siehe auch Abschnitt zur Vereinigung Islamischer Organisationen Zürich, S. 17.

<sup>15</sup> o.a. 2014: Videohinweise auf Brandanschlag in Flums. *Tages-Anzeiger* (8. Dezember).

<sup>16</sup> D-EDK Geschäftsstelle 2014: Aufträge zur Überarbeitung des Lehrplans 21 (Zusammenfassung). Luzern. <[http://www.lehrplan.ch/sites/default/files/zusammenfassung\\_ueberarbeitungsauftraege.pdf](http://www.lehrplan.ch/sites/default/files/zusammenfassung_ueberarbeitungsauftraege.pdf)> (Zugriff: 24. März 2015).

Auszeichnung entspricht einem internationalen Gütesiegel für innovative und qualitativ hochstehende Lehrmittel.<sup>17</sup>

## Islamische Theologie an der Universität Fribourg

Die Etablierung eines Zentrums für islamische Religion und Gesellschaft an der Universität Freiburg, welche für die Weiterbildung von Imamen in der Schweiz zuständig sein soll, erweist sich als ein Balanceakt in mehrfacher Hinsicht.

In einem Interview mit der konfessionellen Zeitung *reformiert.* verweist Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel und Leiter der vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung eingesetzten Arbeitsgruppe für ein islamisches Studienzentrum, auf drei Schwierigkeiten hin: Erstens könne ein solches Studienzentrum nicht vom Bund etabliert werden, sondern stehe „in erster Linie im Kompetenzbereich der Kantone und der Hochschulen selbst“. Zweitens stellt die direkte Demokratie eine Herausforderung für dieses Projekt dar. Die Bildungspolitik muss immer auch den „skeptischen Teil der Bevölkerung im Blick haben“. Und drittens müssen indirekt auch die muslimischen Gemeinschaften und Organisationen in die Entscheide einbezogen werden.<sup>18</sup>

Dennoch konnte am 13. März 2014 in Fribourg das Konzept für den Studiengang und das Zentrum vorgestellt werden. Im Herbst 2014 sollten im Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft erste Veranstaltungen angeboten werden. Unklar bleibt jedoch, welche akademischen Abschlüsse angeboten werden. Administrativ ist das Zentrum an der theologischen Fakultät der Universität Freiburg verortet. Es soll aber interdisziplinär über die Fakultätsgrenzen hinaus tätig sein. Projektleiter ist der Sozialethiker PD Dr. Hansjörg Schmid. Er hat die Aufgabe, das Zentrum bis 2017 aufzubauen. Ab September 2015 soll bereits ein/e noch zu bestimmende/r Gastprofessor/in seine resp. ihre Arbeit am Zentrum aufnehmen. Im Herbstsemester 2015 soll das Zentrum mit einer öffentlichen Veranstaltung offiziell eröffnet werden. Der Fokus liegt dabei auf den Beziehungen zwischen der muslimischen Theologie und der Schweizer Gesellschaft. Auf soziale und ethische Fragen sollen Musliminnen und Muslime Antworten aus einer muslimischen Perspektive erhalten, die in die Schweizer Gesellschaft passen.<sup>19</sup>

Das Projekt hat nicht nur Befürworter, sondern erntete im letzten Jahr auch harsche Kritik. Einerseits kritisierten muslimische Stimmen, dass der Pluralität innerhalb der islamischen Gemeinschaft zu wenig Rechnung getragen werde.<sup>20</sup> Andererseits forderten Freiburger ParlamentarierInnen bürgerlicher Parteien die Kantonsregierung dazu auf, das Projekt zu überprüfen. Es werden zu hohe Kosten und eine Islamisierung der Universität befürchtet. In einer am 9. Juli 2014 veröffentlichten Antwort stellte sich die Freiburger Kantonsregierung hinter das Projekt und befürwortete deren Beitrag zur friedlichen Integration der muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz.<sup>21</sup> Die SVP des Kantons Freiburg gab sich jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden und reichte einen weiteren Vorstoss ein, mit dem der Staatsrat (Kantonsregierung) aufgefordert wurde, bei der Universität den Verzicht auf das Zentrum zu beantragen. Zwar wurde diesem Vorstoss im

<sup>17</sup> „Zweifache Auszeichnung für den Lehrmittelverlag Zürich“, Medienmitteilung der Bildungsdirektion Kanton Zürich, 18. Juni 2014.

<sup>18</sup> Bucher, Delf 2014: Stolpersteine auf dem Weg zum Imamstudium. *reformiert.* (30. Januar 2014).

<sup>19</sup> Vgl. Medienmitteilung der Universität Freiburg: Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft: Wissenschaftlicher Dialog ist notwendiger denn je. 28. Januar 2015. <<http://www.unifr.ch/news/de/13745/>> (Zugriff 24. März 2015). Streeck, Nina 2014: Islam im Elfenbeinturm. *NZZ am Sonntag* (2. Februar).

<sup>20</sup> Moser, Antonia 2014: Aktuell keine Imam-Ausbildung am Zentrum für Islam in Freiburg. *SRF News* (18. März 2014). <<http://www.srf.ch/kultur/gesellschaft-religion/aktuell-keine-imam-ausbildung-am-zentrum-fuer-islam-in-freiburg>> (Zugriff: 24. März 2015).

<sup>21</sup> Sda/o.a. 2014: Freiburg: Regierung stellt sich hinter geplantes Islamzentrum. *Ref.ch/news* (9. Juli 2014). <<http://www.ref.ch/gesellschaft-politik/fr-regierung-stellt-sich-hinter-geplantes-islamzentrum/>> (Zugriff 24. März 2015).

Parlament mehrheitlich zugestimmt. Das für ein Mandat an den Staatsrat notwendige qualifizierte Mehr wurde aber nicht erreicht. Sowohl der kantonale Erziehungsdirektor, CVP-Staatsrat Jean-Pierre Siggen wie auch der damalige Universitätsrektor Vergauwen liessen daraufhin in den Medien verlautbaren, dass sie keinen Grund sehen würden, das Projekt fallen zulassen. Eine solche Dialog-Plattform sei heute wichtiger denn je und lasse sich gut in der Tradition der freiburgerischen Alma Mater einreihen.<sup>22</sup>

## Öffentlich-rechtliche Anerkennung für den Islam

Die beiden muslimischen Dachorganisationen Föderation islamischer Dachorganisationen in der Schweiz FIDS und Koordination Islamischer Organisationen in der Schweiz KIOS haben ein Rechtsgutachten hinsichtlich der öffentlichen Anerkennung muslimischer Gemeinschaften in der Schweiz in Auftrag gegeben. Adrian Loretan, Professor für Staatskirchenrecht an der Universität Luzern und seine Mitautoren, kommen im Gutachten<sup>23</sup> zum Schluss, dass die Forderung der Muslime nach einer öffentlich-rechtlichen Anerkennung durchaus legitim sei. Religionsgemeinschaften würden einen unverzichtbaren Beitrag zum demokratischen Rechtsstaat leisten (S. 24). Gleichwohl gehen sie davon aus, dass Religion nicht nur Privatsache sei, sondern sich auch auf den öffentlichen Raum erstreckt und somit staatliches Handeln bedingen könne. Dabei sei der Staat zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet und sollte keine Religion bevorzugen. Die Nichteinbindung von einer in der Öffentlichkeit relevanten und präsenten Religionsgemeinschaft könne auf die Dauer grössere Probleme schaffen (S. 64f).<sup>24</sup> Die Autoren halten aber auch fest, dass die Religionsgemeinschaften für die öffentlich-rechtliche Anerkennung gewisse Kriterien erfüllen müssen (S. 26). Da sie gesellschaftliche Mitverantwortung tragen und einzelne hoheitliche Rechte ausüben können, müssen sie im besonderen Masse die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit halten (offene, demokratische Strukturen, Gleichheitsprinzipien etc.). Entsprechend lange kann der Weg dorthin sein. Im Gutachten finden sich konkrete Vorschläge, wie der Weg zur Anerkennung für die muslimischen Gemeinschaften aussehen könnte. Sie betonen dabei, dass die öffentlich-rechtliche Anerkennung nicht nur auf rechtlichen Grundlagen beruht, sondern auch eine gesellschaftliche Akzeptanz bedingt (S. 79). Um diese zu fördern, fordern die beiden Autoren einen Religionsartikel in der Bundesverfassung, welcher das Anerkennungsrecht der Kantone durch eine Anerkennung auf Bundesebene ergänzt (S. 68). Gleichzeitig befürworten sie die Zwischenstufe, welche mit der Option auf kantonale Anerkennung im Kanton Basel-Stadt eingebaut wurde (S. 157f). Mit dieser Form gesellschaftlicher bzw. öffentlicher Anerkennung wird eine Religionsgemeinschaft symbolisch aufgewertet und als valable Kandidatin für eine öffentlich-rechtliche Anerkennung gehandelt.

Mit dem Gutachten und den in der medialen Öffentlichkeit geführten Diskussion darüber wurde die Debatte um die Anerkennung von muslimischen Gemeinschaften neu lanciert. Zur Diskussion steht insbesondere eine kantonale Anerkennung muslimischer Organisationen im Kanton Basel-Stadt.<sup>25</sup>

---

<sup>22</sup> Büchi, Christoph 2014: Hickhack um Freiburger Studienzentrum. *Neue Zürcher Zeitung* (7. November).

<sup>23</sup> Loretan-Saladin, Adrian, Weber, Quirin und Alexander Morawa 2014: Freiheit und Religion. Die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften in der Schweiz. Berlin: Lit-Verlag.

<sup>24</sup> Vgl. Rezension zum Gutachten: Tunger-Zanetti, Andreas 2014: Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften? *Schweizerische Kirchenzeitung SKZ* (27. Februar).

<sup>25</sup> Vgl. Brügger, Nadine 2014: Islam will Landeskirche werden. *Basler Zeitung* (4. März). Drechsler, Nicolas 2014: Die Debatte um die Islam-Anerkennung ist neu lanciert. *Basler Zeitung* (4. März). Riklin, Fabienne 2014: Islam soll zur Landeskirche werden. *Schweiz am Sonntag* (2. März). Meier, Michael 2014: der Steinige Weg zur Anerkennung der Muslime. *Tages-Anzeiger* (28. März).

## Burkaverbot im Tessin

Im Gewährleistungsverfahren zum kantonalen Verhüllungsverbot, welches das Tessiner Stimmvolk am 22. September 2013 angenommen hat, gab der Bundesrat am 12. November 2014 sein Einverständnis. In seiner Medienmitteilung hält der Bundesrat fest, dass er das Verbot angesichts der geringen Anzahl von verhüllten Frauen in der Schweiz nicht als sinnvoll erachtet. Er bestätigte dennoch, dass das Verbot bundesrechtskonform ausgelegt werden könne. Er beruft sich hierbei auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.<sup>26</sup>

Im Juli 2014 entschieden die Richter in Strassburg, dass das Burka-Verbot in Frankreich rechtens sei. Das Gesetz gegen das Tragen des Ganzkörperschleiers in der Öffentlichkeit verstosse nicht gegen die Religionsfreiheit. Gegen das Verbot hatte eine junge französische Muslimin im Jahr 2011 Klage eingereicht. Sie argumentierte, dass sie ihre Burka aus religiöser Pflicht und aus Überzeugung trage. Das Gericht hingegen rechtfertigte seinen Entscheid mit dem Argument, dass die Vollverschleierung dem Zusammenleben in einer Gesellschaft schade.<sup>27</sup> Ein Sicherheitsrisiko stelle der Schleier nach Auffassung des Gerichtshofes indes nicht dar, da er bei einer Kontrolle abgenommen werden könne.<sup>28</sup>

Die Tessiner Regelung hingegen war gerade als Massnahme für die Sicherheit begründet worden. Der Zürcher Staatsrechtler Urs Saxer hat im *Tages-Anzeiger*<sup>29</sup> darauf hingewiesen, dass ein Schweizer Verbot von Strassburg zwingend akzeptiert werden würde. In Frankreich gebe es wirklich Gegenden, in denen die Zahl der verhüllten Frauen ein Problem für die Gesellschaft darstellen könne.

Nun ist das Parlament am Zug. Es soll im Frühjahr 2015 definitiv entscheiden, ob die Vollverschleierung als gesellschaftlich relevantes Problem in der Schweiz anerkannt wird. Erst dann wäre das Tessiner Verbot rechtens.

## Kopftuch-Debatte

Das Kopftuch im öffentlichen Raum bleibt in der deutschsprachigen Schweiz ein Thema. Gerichtsentscheide und politische Vorstösse geben diesbezüglich immer wieder zu reden.

Obwohl 2013 das Bundgericht im Fall der Thurgauer Schulgemeinde Bürglen entschied, dass ein Kopftuchverbot nicht in der Kompetenz einer Schulgemeinde liegt, stimmte die Schulgemeinde Au-Heerbrugg (St. Gallen) am 9. Februar 2014 über genau diese Frage ab. Entzündet hatte sich die Diskussion an zwei somalischen Mädchen, die ihr Kopftuch während des Unterrichts nicht ablegen wollten und daraufhin vom Unterricht suspendiert wurden. Das Tragen jeglicher Kopfbedeckung ist gemäss Schulordnung verboten. Unter Druck der Öffentlichkeit entschloss sich der Schulrat daraufhin, das Verbot wieder aufzuheben. Die SVP wiederum ergriff gegen die Streichung des Verbots das Referendum. Trotz Annahme der Vorlage wird sich vorderhand in Heerbrugg kaum etwas ändern. In der Abstimmungsvorlage wies der Schulrat bereits selbst daraufhin: Ein Kopftuchverbot an Schulen bedarf einer rechtlichen Grundlage auf höherer Ebene.<sup>30</sup>

Entsprechende politische Vorstösse sind sowohl im Kanton St. Gallen wie auch im Kanton Thurgau hängig.

---

<sup>26</sup> Medienmitteilung vom Bundesrat: Bundesrat beantragt Gewährleistung von geänderten Kantonsverfassungen. 12. November 2014. <<https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=55185>> (Zugriff 26. März 2015).

<sup>27</sup> Vgl. Boyadjian, Rupen 2014: Strassburg erklärt Burkaverbot für rechtens. *Tages-Anzeiger* (1. Juli).

<sup>28</sup> Imhof, Fritz 2014: Was Frankreichs Burkaverbot für die Schweiz bedeutet. *Neue Luzerner Zeitung* (3. Juli).

<sup>29</sup> De Carli, Luca 2014: Initiative für Schweizer Burkaverbot steht. *Tages-Anzeiger* (1. Juli).

<sup>30</sup> Vgl. Krummenacher, Jörg 2014: Kopftuch sucht Gesetz. *Neue Zürcher Zeitung* (22. Januar). Hosp, Janine 2014: Kopftücher werden politisch. *Tages-Anzeiger* (30. Januar).



Im Kanton St. Gallen wurden im November 2014 Vorstösse der CVP-EVP-Fraktion und der SVP-Fraktion für Kleidervorschriften an den Schulen vom Parlament an die Kantonsregierung überwiesen. Die Regierung zeigte sich mit dem Anliegen einverstanden. Es entspreche dem öffentlichen Interesse, in einem Gesetz „den Raum für Grundrechtsbegriffe in der Volksschule“ zu definieren.<sup>31</sup> Ebenfalls ja sagte der Kantonsrat zu einer Motion für ein Vermummungsverbot im öffentlichen Raum.<sup>32</sup>

Im Kanton Thurgau forderte die SVP mit einer Motion eine Ergänzung des Volksschulgesetzes. Damit sollte die gesetzliche Grundlage für ein Kopftuchverbot geschaffen werden. In einer ersten Stellungnahme zeigte sich die Thurgauer Regierung bereit, eine solche Grundlage zu schaffen. Im Grossen Rat jedoch wurde die Motion mit 51- Ja gegen 62 Nein-Stimmen für nicht erheblich erklärt.<sup>33</sup>

In den Kantonen Aargau und Solothurn wurden entsprechende Begehren hingegen abgelehnt. Eine solche Regelung würde dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen und den Druck auf eine Minderheit erhöhen, so argumentierten die Gegner der Vorlagen.<sup>34</sup>

Auf nationaler Ebene befasste sich der Ständerat in seiner Frühjahrsession 2014 mit dem Vorstoss von FDP-Ständerat Hans Altherr (Motion - 13.3832) zum Thema. Altherr schlägt einen Verfassungsartikel vor, der Religionsgemeinschaften auffordert, Symbole, Bräuche und spezielle Kleider nur sparsam in der Öffentlichkeit zu zeigen. Altherr bezweckt mit seiner Vorlage eine „breite Diskussion“ anzuregen.<sup>35</sup> Der Bundesrat lobte den Vorstoss von Altherr, der die teils sehr emotional geführte Diskussion versachlichen wolle. Die Regierung bringe sehr viel „Verständnis entgegen“. Dennoch lehne sie die Motion ab. Ein solcher Impuls für eine Verfassungsänderung sollte von den Religionsgemeinschaften selbst kommen<sup>36</sup>. In Reaktion auf die Antwort vom Bundesrat zog Hans Altherr seine Motion zurück.<sup>37</sup>

## Kirchensteuer-Initiative

Am 18. Mai 2014 lehnte das Zürcher Stimmvolk die von den Jungfreisinnigen lancierte und von den Parteien SVP, FDP und EDU unterstützte Kirchensteuerinitiative ab, welche Firmen von der Kirchensteuer im Kanton Zürich hätte befreien wollen. Die Steuern der juristischen Personen dürfen von den Kirchen nur für nicht-kultische Zwecke ausgegeben werden. Die Gelder fliessen also in die Bereiche Bildung, Soziales und Kultur und kommen damit der gesamten Gesellschaft zugute.

Mit 72 Prozent Neinstimmen fiel das Resultat überraschend deutlich aus. In keiner einzigen Gemeinde wurde die Vorlage angenommen. Das Resultat macht deutlich, dass die Kirchen nicht nur von den eigenen Mitgliedern als glaubwürdige Institutionen mit einem gesellschaftlichen Auftrag wahrgenommen werden. Denn mittlerweile gehören fast schon 40 Prozent der Bevölkerung keiner Landeskirche an.<sup>38</sup> Es scheint, dass mit dem 2010 eingeführten Finanzierungsmodell der Kirchen eine tragfähige Lösung gefunden wurde. Gewisse

<sup>31</sup> Boyadjian, Rupen 2014: St. Galler FDP verhindert Burkaverbot der SVP. *Tages-Anzeiger* (25. November).

<sup>32</sup> Vergleiche vorgängiges Kapitel.

<sup>33</sup> Vgl. Shams, Patricia 2014: Thurgau will kein Kopftuchverbot für Schulen. *20 Minuten* (29. September).

<sup>34</sup> Durrer, Lea 2014: Kopftücher werden an Solothurner Schulen nicht verboten. *Solothurner Zeitung* (14. Mai). sda 2014: SP schlägt zurück: Nicht Kopftuch, sondern Angst vor Islamisierung ist Problem. *Aargauer Zeitung* (4. März).

<sup>35</sup> Siehe Curia Vista - Geschäftsdatenbank: 13.3832 – Motion: Neue Verfassungsbestimmung über eine Pflicht zu gegenseitiger Rücksichtnahme in religiösen Fragen. < [http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20133832](http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20133832)> (Zugriff: 26. März 2015).

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Siehe Amtliches Bulletin - Wortprotokoll des Ständerats, 19. März 2014, <[http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4912/434229/d\\_s\\_4912\\_434229\\_434422.htm](http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/s/4912/434229/d_s_4912_434229_434422.htm)> (Zugriff 25. März 2015).

<sup>38</sup> Vgl. Reich, Felix 2014: Das wuchtige Nein ist eine Verpflichtung. *reformiert*. (Juni 2014).

Probleme der Kirchen sind damit aber nicht gelöst: „Die Öffentlichkeit schätzt zwar kirchliche Dienstleistungen, doch immer weniger Menschen fühlen sich den Kirchen tatsächlich verbunden.“<sup>39</sup>

Im Abstimmungskampf haben nicht nur die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften Seite an Seite gegen die Initiative gekämpft, auch der interreligiöse Runde Tisch meldete sich zu Wort und setzte sich mit seinem Communiqué für die Kirchensteuer ein. Die sozialen und kulturellen Leistungen der Kirchen „kommen der ganzen Gesellschaft zu Gute, auch den Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften“, so heisst es dort.<sup>40</sup> Es wird befürchtet, dass beim Wegfall der Besteuerung von grösseren Kirchen nicht nur die Kirchen selbst, sondern auch andere Religionen in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung geschwächt würden.

### Muslimischer Kindergarten in Volketswil

Im Mai 2014 hat die Bildungsdirektion des Kantons Zürich ein Gesuch des Vereins Al Huda für einen muslimischen Kindergarten abgelehnt. Der Verein wollte im islamischen Zentrum an der Zürcherstrasse in Hegnau/Volketswil eine entsprechende Einrichtung für 25 Kinder etablieren. Die Bildungsdirektion begründet ihren ablehnenden Entscheid mit der als problematisch beurteilten Nähe der Trägerschaft des Kindergartens mit dem Islamischen Zentralrat Schweiz IZRS. Zudem bringt die Bildungsdirektion in der Verfügung ihre Befürchtung zur Sprache, dass das Konzept des Kindergartens „einen stark normativen und nicht pluralistischen Ansatz islamischer Lernformen“ vertrete, was mit den Leitsätzen der Volksschule (Toleranz, Offenheit, Dialogfähigkeit u.ä.) nicht vereinbar sei.<sup>41</sup>

Die Verbindung einer Initiantin des Projekts zum IZRS hat bereits vor dem Entscheid der Bildungsdirektion zu medialer Aufmerksamkeit geführt.<sup>42</sup> Im Kantonsrat wurde in diesem Zusammenhang eine Debatte über den Integrationsauftrag der Volksschule geführt.<sup>43</sup>

Der Verein Al Huda bedauerte den Entscheid der Bildungsdirektion sehr und verwies in seiner Stellungnahme vom 27. Mai 2014<sup>44</sup> auf die bereits existierenden Kindergärten und Schulen religiöser oder philosophischer Natur im Kanton Zürich. Mit der Ablehnung eines muslimischen Kindergartens würde die Rechtsgleichheit unter den Religionen verletzt werden. Martin Wendelspiess, Amtschef des Volksschulamts, widerspricht dieser Einschätzung und versicherte gegenüber *reformiert*.<sup>45</sup>, dass sich die Behörden bei der Gesuchsprüfung an das Kriterium der Rechtsgleichheit gehalten hätten: „Wenn ein liberaler muslimischer Kindergarten, der nachweislich den Lehrplan erfüllen kann, ein Gesuch stellen würde, bekäme er auch eine Bewilligung.“<sup>46</sup>

Gleichzeitig sah sich das Volksschulamt im Anschluss an die Diskussionen um die Ablehnung eines muslimischen Kindergartens veranlasst, verschiedene jüdische Schuleinrichtungen orthodoxer Traditionen zu überprüfen. Das Amt setzt hierfür ein Bildungsmonitoring ein, das die kantonalen Pädagogischen Hochschulen entwickelt haben, um den Wissensstand bei Schülern zu testen.<sup>47</sup> Überprüft werden Einrichtungen, die bereits im Jahr 2010 vom Volksschulamt aufgrund unterschiedlicher Mängel (Einrichtung, Ausbildung Lehrerschaft und

<sup>39</sup> Ribi, Thomas 2014: Ein klares Ja – aber zu welcher Kirche?. *Neue Zürcher Zeitung* (18. Mai).

<sup>40</sup> Stellungnahme des Interreligiösen Runden Tisches im Kanton Zürich: „Interreligiöses Nein zur Kirchensteuerinitiative vom 18. Mai 2014“, 9. Mai 2014. <[http://www.rundertisch.ch/content/e137/index\\_ger.html](http://www.rundertisch.ch/content/e137/index_ger.html)> (Zugriff 31. März 2015).

<sup>41</sup> Vgl. Scherrer, Georg 2014: Bildungsdirektion lehnt islamischen Kindergarten ab. *Kipa* (27. Mai).

<sup>42</sup> Vgl. Bacher, Thomas 2014: Islamischer Kindergarten in Volketswil unerwünscht. *Zürcher Oberländer* (11. Februar). Eberhard, Fabian 2014: Erster Islam-Kindergarten in der Schweiz geplant. *Sonntagszeitung* (9. Februar).

<sup>43</sup> Hudec, Jan 2014: Islamischer Kindergarten. Regierungsrat bleibt vage. *Neue Zürcher Zeitung* (16. Mai).

<sup>44</sup> Medienmitteilung von Al Huda zum ablehnenden Entscheid, 27. Mai 2015. <<http://alhuda.ch/?p=133>> (Zugriff 31. März 2015).

<sup>45</sup> Hohendahl-Tesch, Sandra 2014: Zwischen Lehrplan und den heiligen Schriften. *reformiert*. (Nr. 71/Juli).

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Schneitter, Andreas 2014: Abweichungen vom Minimalniveau. *Tachles* (7. November).

ähnliches) gerügt wurden und denen zur Qualitätsverbesserung des Angebots eine Übergangsfrist bis ins Schuljahr 2016/17 gewährt wurde. Resultate des Monitorings werden erst im Frühling 2015 vorhanden sein.<sup>48</sup>

### Kreuzlinger Islamunterricht weiterhin möglich

In zwei Schulhäusern in Kreuzlingen besuchen seit 2010 rund 80 Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe islamischen Religionsunterricht. Das Angebot wird vom Trägerverein Viuk der Albanisch-Islamischen und der Türkisch-Islamischen Gemeinschaft in Kreuzlingen organisiert und von der Pädagogischen Hochschule Thurgau wissenschaftlich begleitet. Die Primarschule stellt die Räume zur Verfügung.<sup>49</sup>

Am 12. Februar 2014 hat der Thurgauer Grosse Rat eine Motion Daniel Wittwers (EDU), die den Religionsunterricht in öffentlichen Schulräumen auf anerkannte Landeskirchen beschränken wollte, mit 87 Nein- zu 25 Ja-Stimmen verworfen. Der Regierungsrat hatte sich in seiner Motionsantwort gegen einen Eingriff in die Schulautonomie gewährt. Zu den Vorteilen eines islamischen Religionsunterrichts in Schulräumen hatte er sich jedoch nicht geäußert.<sup>50</sup>

## III. ENTWICKLUNGEN INNERHALB DER VERSCHIEDENEN RELIGIONEN UND GEMEINSCHAFTEN IM KANTON ZÜRICH

### Hinduismus

Zur Unterstützung der spirituellen Aufgaben hat die Krishna-Gemeinschaft Schweiz den Priester Vishal Malhotra für drei Monate aus Indien in die Schweiz eingeladen.

Der Sri Sivasubramaniam Tempel in Adliswil verfügt bereits seit zwei Jahren über einen eigenen Priester, den der Tempel aus Sri Lanka anwerben konnte. Die Gemeinschaft hat sich nun zum Ziel gesetzt, einen freistehenden Tempel zu erwerben oder zu bauen. Für die Finanzierung des Projekts versucht nun der Verein, unter den Mitgliedern und in seinem Umfeld Spenden zu akquirieren.

### Buddhismus

Am 6. September hat die schweizerische Buddhistische Union auf dem Waisenhausplatz vor dem Bundeshaus in Bern eine Informations- und Begegnungsveranstaltung zum Buddhismus in der Schweiz organisiert. Nebst Sequenzen gemeinsamer Meditationsübungen wurden an dem Anlass die verschiedenen in der Schweiz existierenden buddhistischen Glaubensstraditionen vorgestellt.

Das Tibet-Institut Rikon bemüht sich ebenfalls um die Öffentlichkeitsarbeit und publizierte im Jahr 2014 mehrere Aussagen von Schweizer Persönlichkeiten zum Institut in Rikon; auch besuchte das Schweizer Fernsehen das Institut 2014 zwei Mal. Die verschiedenen religiösen Aktivitäten für die Tibeterinnen und Tibeter im Kloster und auch ausserhalb desselben nahmen zu, und die Anzahl der Schulklassen und privaten Gruppen, die sich durchs Kloster führen lassen, ist ebenfalls stark angestiegen.

---

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Für zusätzliche Informationen zum Unterricht, siehe <<http://www.viuk.ch>>.

<sup>50</sup> Wunderlin, Thomas 2014: Weinfeld: Koran darf weiter unterrichtet werden. *St. Galler Tagblatt* (13. Februar).

Das Khmer-Kulturzentrum in Waltserwil hat am 11. Januar 2014 den 70 Geburtstag von Ven. Thang Viset, dem ältesten Mitglied der Mönchsgemeinde, gefeiert.

## Judentum

### Jüdische Dachverbände

An der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG vom 29. Mai 2014 in Biel wurde der Filmproduzent Arthur Cohn geehrt. Gewürdigt wurde nicht nur das filmische Schaffen des Oscarpreisträgers, sondern auch sein Engagement für die Jüdische Gemeinschaft in Basel. In seiner Rede ging der SIG-Präsident Herbert Winter auf die zunehmenden antisemitischen Tendenzen in Europa ein und betonte, dass der SIG es als seine zentrale Aufgabe versteht, Antisemitismus zu bekämpfen.<sup>51</sup>

In diesem Zusammenhang organisierte der SIG im Herbst 2014 Anlässe zum Thema Krisenmanagement für jüdische Gemeinden und Institutionen. Durchgeführt wurden die Veranstaltungen vom Security and Crisis Centre SACC des European Jewish Congress. In einem Interview mit Tachles<sup>52</sup> betonte der SIG-Generalsekretär Jonathan Kreutner, dass im Fokus der Veranstaltungen vor allem die Koordination mit den Behörden im Falle einer Krise gestanden habe und dass mit Krise nicht nur antisemitische Vorfälle, sondern auch Unfälle oder Naturkatastrophen gemeint gewesen seien.

Die SIG hat Ende 2014 beschlossen, die zweifelhafte Rolle der Institution gegenüber dem St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüniger aufzuarbeiten. Einerseits soll der Tochter des mittlerweile rehabilitierten Polizeihauptmannes und Flüchtlingsretters eine monatliche Rente aus dem Fonds der SIG-Memorial-Stiftung ausgezahlt werden. Andererseits hat die Geschäftsleitung der SIG einen Historiker beauftragt, die Gründe für das zumindest aus heutiger Sicht unverständliche Verhalten der SIG gegenüber Grüniger aufzuklären.<sup>53</sup>

Der Dachverband „Plattform der liberalen Juden in der Schweiz PLJS“ hat die liberale Gemeinde Migwan aus Basel als aktives Mitglied aufgenommen. Die PLJS wurde 2003 von der Jüdisch liberalen Gemeinde Or Chadasch und der Communauté israélite libérale de Genève gegründet und agiert seit 2010 als Interessensgemeinschaft, welche die jüdisch-liberalen Interessen im Gespräch mit diversen politischen und religiösen Akteuren wahrnimmt.<sup>54</sup>

### Jüdische liberale Gemeinde Or Chadasch JLG

An der Mitgliederversammlung 2013 wurde Rabbiner Ruven Bar Ephraïm für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt.

### Israelitische Cultusgemeinde Zürich ICZ

Am 26. Januar 2014 wurde der 75. Geburtstag der ICZ-Bibliothek mit einem Tag des jüdischen Buches im Musiksaal des Zürcher Stadthauses gefeiert. Initiiert wurde die Veranstaltung von dem Verein für jüdische Kultur und Wissenschaft VJKW. Der VJKW wurde zur Rettung der ICZ-Bibliothek im Mai 2013 gegründet. Seit

---

<sup>51</sup> Medienmitteilung des SIG vom 29. Mai 2014: Schweizer Juden ehren Arthur Cohn.

<sup>52</sup> Schneitter: Andreas 2014: Den Ernstfall simulieren. *Tachles* (19. September).

<sup>53</sup> Blau, Gisela 2014: Besser spät als nie. *Tachles* (19. Dezember).

<sup>54</sup> Kunz, Naomi 2014: Migwan tritt der Plattform bei. *Tachles* (24. Januar).

2013 bestehen innerhalb der ICZ Diskussionen darüber, ob die Gemeinde den wissenschaftlichen Teil der Sammlung (50 000 Titel) an die Zentralbibliothek Zürich übergeben soll.<sup>55</sup>

Die Arbeit der VJKW trug im Jahr 2014 weitere Früchte: An der ausserordentlichen Mitgliederversammlung der ICZ im Dezember 2014 wurde verlautbart, dass es dem Verein gelungen ist, die Finanzierung des wissenschaftlichen Teils der Bibliothek für weitere drei Jahre zu sichern. Dabei soll die Eingliederung der ICZ-Bibliothek ins Online-Bibliothekssystem NEBIS vollzogen werden.

An der ausserordentlichen Mitgliederversammlung Ende Jahres wurde ebenfalls informiert, dass Rabbiner Jehoshua Ahrens die ICZ auf Ende März 2015 verlassen werde. Er wird eine Stelle als Gemeinderabbiner in Düsseldorf übernehmen. Der ICZ-Gemeinderabbiner Marcel Ebel kündigt indes an, dass es ihm gesundheitlich besser ginge und er seine Aufgaben öffentlich häufiger wahrnehmen könne und sein Vertrag für zwei Jahre verlängert worden sei. In dieser Zeit würde er sich auch für die Neugestaltung des Rabbinats einbringen. Für die Nachfolge von Ahrens wird Noam Hertig im August 2015 aus Israel zurückkehren.<sup>56</sup> Hertig wurde von der ICZ zur Rabbinerausbildung nach Israel geschickt und wird diese Mitte 2015 abschliessen. Offen bleibt, wer die Nachfolge von Marcel Ebel nach seiner Pensionierung antreten wird.<sup>57</sup>

Zu weiteren Diskussionen an der ausserordentlichen Mitgliederversammlung 2014 hat die Frage nach der Nachfolge im Präsidium der ICZ geführt. Eigentlich wollte Co-Präsident André Bollag sein Amt Auf Ende 2014 niederlegen. Er hat seinen an der ordentlichen Mitgliederversammlung Mitte Jahres angekündigten Rücktritt an der Versammlung im Winter wieder zurücknehmen müssen. Grund dafür war die Tatsache, dass bis anhin keine Nachfolge für ihn gefunden werden konnte.

Mitte Juli 2014 würdigte die Cultusgemeinde den verstorbenen Oberrabbiner Mordechai Piron mit einer Gedenkfeier in der Synagoge an der Löwenstrasse. Er war von 1980 bis 1992 Oberrabbiner der ICZ.

## Christentum

### Römisch-katholische Kirche

Für grosses mediales Echo sorgten dieses Jahr die Auseinandersetzungen um den Churer Bischof Vitus Huonder und seine Anfang Jahr erlassenen Anordnungen, wie die katholische Kirche bei der Eucharistiefeier mit Homosexuellen und Wiederverheirateten umzugehen hat. Gemäss dem Bistum befänden sich solche Gemeindemitglieder in einer „irregulären Situation“ und hätten keinen Anspruch auf die Kommunion, sondern bloss auf einen Segen. Diese Äusserungen lösten grossen Protest aus, und eine breite Allianz von Basiskatholiken bemühte sich, unter dem Motto „Es reicht!“ den Rücktritt von Vitus Huonder und seines Generalvikars Martin Griching zu erwirken sowie die Einsetzung eines Administrators über das Bistum durch den Papst zu fordern. An der entsprechenden Demonstration in Chur im März 2014 nahmen ungefähr 1000 Personen teil. Dabei richtete sich der Unmut aber nicht primär gegen die Person Huonders, sondern gegen die von ihm vertretene kirchliche Ausrichtung.<sup>58</sup> Im November trafen sich Vertreter der Allianz «Es reicht!» und der

<sup>55</sup> Vgl. Blau, Gisela 2014: Ein Tag des jüdischen Buches. *Tachles* (17. Januar).

<sup>56</sup> Blau, Gisela 2014: Die Bibliothek bleibt im Haus. *Tachles* (5. Dezember).

<sup>57</sup> Die Nachfolge von Rabbiner ist auch für andere jüdische Gemeinden in der Schweiz ein Thema. Dabei besteht die Schwierigkeit einen deutschsprachigen Rabbiner zu finden. Deshalb denkt die Israelitische Gemeinde Basel, welche auf Mitte 2015 einen neuen Rabbiner einstellen muss, über neue Möglichkeiten zur Besetzung des Rabbinats nach. Im Gespräch sind Wanderrabbinare, gemeinsame Lösungen zwischen verschiedenen jüdischen Gemeinden oder auch ein Pool an Rabbiner, die jeweils für eine begrenzte Zeit in die Gemeinde eingeladen werden würden. Vgl. Wendenburg, Valerie 2014: Neue Schritte wagen. *Tachles* (12. Dezember).

<sup>58</sup> Vgl. Bucher, Delf und Hohendahl, Sandra: Katholiken ringen um den rechten Glauben. *reformiert*. (März).

Vitus Huonder sich am Montag Chur zu einer Aussprache. Trotz eines offenbar klärenden Gesprächs trennen die beiden Parteien nach wie vor inhaltliche Differenzen; die Rücktrittsforderung wurde nicht thematisiert.

Gleichzeitig veranlassten diese Konflikte die Zürcher Katholiken, ein eigenes Bistum zu fordern, wie sie dies bereits vor 20 Jahren einmal getan hatten. Das seit der 1819 erfolgten Unterstellung der Zürcher Katholiken unter das Bistum Chur stets spannungsvolle Verhältnis wurde durch die Auseinandersetzungen mit Bischof Huonder erneut auf die Probe gestellt.<sup>59</sup> Das fortschrittliche Denken der Landeskirche in Zürich und der rückwärtsgewandte Kurs des Bistums Chur passen nicht zusammen, so die Argumentation der Befürworter eines eigenen Bistums. Bei einem Zusammentreffen der Schweizer Bischöfe mit dem Papst im Dezember 2014 wurde die mögliche Gründung eines Bistums Zürich thematisiert; eine Antwort auf die Frage, ob es zu dieser Gründung kommen wird, gibt es aber noch nicht.

Auch auf globaler Ebene wurde das Verhältnis der katholischen Kirche zum Thema Ehe und Familie ausführlich diskutiert. Dabei nahmen Fragen über das Verhältnis der Kirche zur Homosexualität grossen Raum ein. Auch wenn der frühere, stark homophobe Ton versöhnlicheren Worten Platz gemacht hat und Papst Franziskus als Hoffnungsträger und Wegbereiter einer weltoffeneren Kirche angesehen wird, so konnten doch bis anhin keine konkreten Reformen erwirkt werden; die Ergebnisse der im Herbst abgehaltene Synode über Partnerschafts-, Ehe- und Familienpastoral sind umstritten.<sup>60</sup> Jedoch liess der Papst in seinen Äusserungen deutlich werden, dass die Diskussion über heikle Themen innerhalb der Kirche weitergeführt wird.<sup>61</sup> Zur Vorbereitung der Synode hatte er eine weltweite Umfrage veranlasst, um zu erfahren, was die Meinungen der Katholiken über die Partnerschafts-, Ehe- und Familienpastoral sind. Die hohe Beteiligung an dieser Umfrage auch bei den Schweizer Katholiken (23'636 ausgefüllte Fragebögen gingen ein, davon knapp 5000 aus dem Kanton Zürich<sup>62</sup>) zeigt, welche Wichtigkeit die Aufarbeitung dieser Belange hat und wie gross das Bedürfnis nach Mitsprache ist. Auch inhaltlich wird deutlich Stellung bezogen: so wünschen sich knapp 90% der Umfrageteilnehmer eine kirchliche Anerkennung und Segnung für Wiederverheiratete, und rund 60% wünschen sich eine solche Anerkennung und Segnung auch für gleichgeschlechtliche Paare.<sup>63</sup>

Zum 50-jährigen Jubiläum der öffentlichrechtlichen Anerkennung der katholischen Körperschaft erschien im März 2014 das Buch „Katholiken im Kanton Zürich. Eingewandert, anerkannt, gefordert.“ Das von Max Stierlin, Alfred Borter, René Zihlmann und Urban Fink verfasste Buch präsentiert die Katholische Kirche im Kanton Zürich als Einwandererkirche, die sich durch die öffentlichrechtliche Anerkennung (welche die rechtliche Voraussetzung für die Erhebung von Kirchensteuern schuf) von einer Diaspora-Kirche der mehrheitlich zur Unterschicht gehörenden Arbeitern zur reichsten katholischen Landeskirche der Schweiz wandelte.<sup>64</sup>

Der Synodalrat, die Exekutive der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich, hat mit Generalsekretär Markus Hodel seit Juni 2014 einen neuen Leiter. Er ersetzt den in Pension gegangenen Giorgio Prestele.

Die erste Parlamentarische Initiative der Synode, welche 2012 eingereicht worden war und die Reduktion der 9 Synodalräte auf 7 Räte gefordert hatte, gelangte am 25. September 2014 zur Abstimmung und wurde mit 49 zu 16 vom katholischen Parlament deutlich abgelehnt.

<sup>59</sup> Garovi, Angelo 2014: Das Kreuz mit dem Bischof. *NZZ am Sonntag* (9. März).

<sup>60</sup> Meier, Michael 2014: Bischöfe bleiben sich treu. *Tages-Anzeiger* (19. Oktober).

<sup>61</sup> Straub, Dominik 2014: Der Streit der Bischöfe. *Tagblatt* (20. Oktober).

<sup>62</sup> Informationsblatt der Katholischen Kirche im Kanton Zürich, Februar 2014.

<sup>63</sup> *NZZ*, 4.2.2014.

<sup>64</sup> Vgl. Katholisch-Zürich, eine Kirche von Migranten. *Tages-Anzeiger* (24. März).

Auch in verschiedenen Gemeinden gab es personelle Wechsel: Die English Speaking Catholic Mission hat mit Boguslaw Kosmider einen neuen Leiter, und die Missione Catolica di Lingua Italiana wird nun von Don Tobia Carotenuto geführt.

Die katholische Kirche hat sich im Jahr 2014 auch verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen angenommen: So wurde das Thema der Sterbehilfe ins Blickfeld gerückt, und in der Pfarrei St. Gallus in Zürich-Schwamendingen wurde ein Pilotprojekt zur interkulturellen Katechese gestartet.

### Orthodoxe Kirchen

Auch dieses Jahr gedachten die orthodoxen Kirchen die Zürcher Stadtheiligen Felix, Regula und Exuperantius. Am 11. September 2014 organisierten zehn orthodoxe Kirchen zu diesem Anlass eine Prozession durch Zürich und einen ökumenischen Gottesdienst im Grossmünster. Seit 2003 feiern koptische Christen gemeinsam mit ihren orthodoxen Glaubensbrüdern und –schwestern dieses Fest. Mitinitiator Maher Kamal kommentiert im Tages-Anzeiger den Anlass in mehrerer Hinsicht als integrativ: „Es soll gleich dreifach vermittelnd wirken: zwischen den orthodoxen Kirchen untereinander, zwischen den orthodoxen Kirchen und den drei Landeskirchen und zwischen den orthodoxen Gläubigen und ihrer neuen Heimat.“<sup>65</sup>

Ebenfalls im September feierten die selben zehn orthodoxe Gemeinschaften die Gründung des „Verband Orthodoxer Kirchen im Kanton Zürich“. Mit dem Verband wollen die Gemeinschaften ihre Zusammengehörigkeit verdeutlichen wie auch gemeinsame Anliegen bewältigen bzw. umsetzen. Fernziel ist es, als orthodoxe Kirchen die öffentlich-rechtliche Anerkennung im Kanton Zürich zu erhalten. Als ebenbürtiger Partner im kirchlichen Leben von Stadt und Kanton möchte der Verband einen Beitrag leisten. Die orthodoxen Kirchgemeinden möchten sich an der Seelsorge in Spitälern und Gefängnissen beteiligen sowie im Bereich des Religionsunterrichts an Schulen mitarbeiten. Sie suchen das Gespräch über Fragen der Gesellschaft, des solidarischen Zusammenlebens und des gemeinsamen Zeugnisses christlicher Kirchen.<sup>66</sup>

Die Gründungsfeier fand am Bettag in der griechisch-orthodoxen Kirche statt. Ins Co-Präsidium gewählt wurden Siham Müller, die der koptischen Kirche angehört, und Kyriakos Papageorgiou, Vertreter der griechisch-orthodoxen Kirche. In den Vorstand gewählt wurden Mitglieder der Kirchgemeinden der orthodoxen Kirchen von Ägypten, Äthiopien, Armenien, Griechenland, Rumänien, Russland, Serbien und Syrien. Der Gründungsakt wurde von einer feierlichen Vesper, gemeinsam gestaltet von den Priestern aller ostkirchlichen Gemeinschaften, beschlossen.

An der Gründungsfeier ebenfalls anwesend war der neu für die Schweiz zuständige serbisch-orthodoxe Bischof Andrej Cilerdzic. Bischof Andrej Cilerdzic wurde im Mai 2014 von der Bischofsvollversammlung der serbisch-orthodoxen Kirche zum ersten serbisch-orthodoxen Bischof der Diözese von Österreich-Schweiz gewählt. Bis 2011 gehörten die serbisch-orthodoxen Kirchengemeinden in Österreich zur Diözese für Mitteleuropa. Cilerdzic wurde 1961 im deutschen Osnabrück als zweiter Sohn eines Erzpriesters geboren. Er studierte an der Theologischen Fakultät der serbisch-orthodoxen Kirche in Belgrad und empfing 1990 die Priesterweihe. Nach verschiedenen Tätigkeiten innerhalb der Kirche wurde er 2011 zum Weihbischof gewählt und erhielt den Titel Bischof von Remesiana.<sup>67</sup> Im Herbst 2014 war er erstmals auf offiziellem Besuch als Bischof der Diözese von Österreich-Schweiz in der Schweiz.

<sup>65</sup> Arnet, Helen 2014: Stadtpatrone als Integrationsfiguren. *Tages-Anzeiger* (12. September).

<sup>66</sup> Vgl. Medienmitteilung der Katholischen Kirche im Kanton Zürich vom 22. September 2014: Verband für 10 orthodoxe Glaubensgemeinschaften. „Verband Orthodoxer Kirchen im Kanton Zürich“ gegründet.

<sup>67</sup> O.a. 2014: Wien: Serbisch-orthodoxer Bischof Andrej tritt Amt an. *Religion.ORF.at* (17. Juni). < <http://religion.orf.at/stories/2658914> > (Zugriff 28. April 2014).

Auch Ignatius Ephrem II Karim, das weltweite Oberhaupt der syrisch-orthodoxen Kirche, war im Jahr 2014 auf offiziellem Besuch in der Schweiz. Am 2. Dezember 2014 hat er Bundesrat Alain Berset in Bern getroffen. Der Patriarch berichtete über die äusserst beunruhigende Lage der christlichen Minderheiten in Syrien, Irak und im Nahen Osten. Er bat die Schweizer Behörden um ein stärkeres Engagement in der Region. Das Treffen fand auf Anregung der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz AGCK statt. Im September 2014 organisierte die AGCK in Bern einen Fürbittegottesdienst in Solidarität mit bedrohten Minderheiten in Syrien, im Irak und im Nahen Osten. Über 700 Personen nahmen an dem Anlass teil.<sup>68</sup>

### Evangelisch-reformierte Kirche

Die Restrukturierung der Zürcher Stadtkirchen war und ist ein wichtiger Prozess; ein entscheidender Schritt erfolgte in Form der Abstimmung vom September 2014. In dieser Abstimmung sprachen sich 32 der 33 Stadtzürcher reformierten Kirchgemeinden dafür aus, dass sie sich in einer zentralen Kirchgemeinde vereinigen wollen.<sup>69</sup> Die neue zentrale Kirchgemeinde, welche wiederum aus grösseren Teilgemeinden besteht, übernimmt die administrativen Aufgaben der Gemeinden und verwaltet sämtliche Liegenschaften, sowohl die Kirchen selbst als auch die übrigen den Kirchgemeinden gehörenden Gebäude. Neben sinkenden Kosten erhofft man sich eine Entlastung des Personals vor Ort sowie eine Professionalisierung der Tätigkeiten. Die Massnahmen sind Reaktionen auf den anhaltenden Mitglieder- und Ressourcenschwund der Landeskirche. Von Seiten des Kirchenrates wurde aber zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht als Notmassnahmen, sondern als Aufbruch und neue Chance verstanden werden sollen. Gemäss Andreas Hurter, Präsident des Stadtverbandes Zürich, soll zunächst eine breite inhaltliche Diskussion geführt werden, bevor eine neue Kirchgemeindeverordnung formuliert wird.<sup>70</sup>

Im Mai feierten Delegationen aus aller Welt in St. Léger (bei Vevey) den 40. Jahrestag der „Lausanner Erklärung“. Dieser 1974 von über 2700 Delegierten aus 150 Ländern verabschiedete Text thematisiert das Verhältnis der evangelischen Christen zur Bibel, ihre Verantwortung in der Gesellschaft und ihr missionarisches Engagement.<sup>71</sup>

Der Kirchenrat und die gesamtkirchlichen Dienste (GDK) haben in einem zweijährigen Prozess neue Strukturen für eine Reorganisation der GDK ausgearbeitet. Dabei war das Ziel, die Strukturen an die Bedürfnisse einer kleineren und finanzschwächer werdenden Kirche anzupassen. Die neuen Strukturen beinhalten, dass der Kirchenrat als politisches Leitungsorgan sich künftig stärker auf seine strategischen Aufgaben konzentrieren und die GDK als Ganzes führen soll. Die Mitglieder des Kirchenrats nehmen keine operativen Leitungsfunktionen mehr ein, auch wenn sie nach wie vor für ein Ressort strategisch und politisch verantwortlich sind.<sup>72</sup> Die neuen Strukturen traten am 1. Januar 2015 in Kraft. Zum selben Zeitpunkt trat auch Pfarrer Walter Lüssi als neuer Kirchenratsschreiber seinen Dienst an. Er löste Pfarrer Alfred Frühauf ab, der nach 13-jähriger Tätigkeit in den Ruhestand trat.

Im Juli 2014 wurde von der Kirchensynode der Antrag für eine Stadtakademie abgewiesen. Das geplante Bildungshaus konnte in erster Linie aus finanziellen Gründen nicht realisiert werden. Grosse Defizite belasten seit einigen Jahren die Stadtverbandkasse, was mit den stark rückläufigen Steuererträgen in den einzelnen

<sup>68</sup> Medienmitteilung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds vom 2. Dezember 2014: Bundesrat trifft Syrisch-Orthodoxen Patriarchen.

<sup>69</sup> Arnet, Hélène 2014: Kirche unter einem Dach. *Tages-Anzeiger* (28. September).

<sup>70</sup> Vögeli, Dorothee 2014: JA zu einer einzigen Kirchgemeinde Zürich. *NZZ* (29. September).

<sup>71</sup> Mitteilung der Schweizerischen Evangelischen Allianz vom 30.4.2014. <http://www.kath.ch/medienspiegel/40-jahre-lausanner-erklarung/> (Zugriff 11. Juni 2015).

<sup>72</sup> Mori, Nicolas 2014: Aufgestellt für die Zukunft. *Notabene* (10/2014).



Kirchgemeinden und deutlich tieferen Kantonsbeiträgen zusammenhängt. Der budgetierte Verlust für das Jahr 2014 erforderte zahlreiche Einsparungen. Im Dezember erhöhte die Synode den Sparauftrag, und der Kirchenrat erhielt den Auftrag, bis Frühling 2015 einen neuen Voranschlag auszuarbeiten.

Im November beschloss der Schweizerische Evangelische Kirchenbund 13 nationale Projekte anlässlich des Reformationsjubiläums. Zu den Projekten gehört eine nationale Tagung zur Diskussion des reformatorischen Erbes und dessen Auswirkung auf Geschichte, Kultur und Gesellschaft der Schweiz, die im Juni 2017 stattfinden wird. Weitere Projekte umfassen ein evangelisches Jugendfestival, ein Treffen von Synodalen aus ganz Europa, die Beteiligung an der Weltausstellung Reformation der Evangelischen Kirche in Deutschland EKD sowie die Beteiligung am Projekt „Reformationsstädte Europas“ der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE. In Zürich wurde eine Organisationsplattform ins Leben gerufen, in der die reformierte Kirche, der Kanton und die Stadt Zürich sowie Tourismusverantwortliche vertreten sind. Unter der Leitung von Kirchenratspräsident Michael Müller soll ein Programm entwickelt werden, das Zürich als Reformationsstadt präsentiert.<sup>73</sup>

Das von der reformierten Kirchen des Deutschschweizer Ausbildungskonkordats in Auftrag gegeben Konzept für einen Studiengang für den Quereinstieg ins Pfarramt („Quest“) ging Anfang 2014 in die Vernehmlassung und wurde trotz Kritik von Seiten Studierender, die das reguläre Theologiestudium absolvieren und „Quest“ als Schnellbleiche bezeichneten, abgesegnet. Im Herbstsemester 2015 startet der Studiengang. Er wird gemeinsam vom Konkordat (Deutschschweizer Kirchen ohne Bern) und von den Theologischen Fakultäten der Universitäten Basel und Zürich angeboten und soll mit seinem erleichterten Zugang zum Pfarrberuf bis 2025 rund 60 bis 90 zusätzliche Pfarrpersonen ausbilden.<sup>74</sup>

Im Oktober teilte die reformierte Kirche des Kantons Zürich mit, dass sie, um einen Beitrag gegen die Flüchtlingsnot zu leisten, Kirchgemeinden darin unterstützen wolle, Wohnraum für Flüchtlinge zu suchen oder zur Verfügung zu stellen. Ziel ist dabei nicht, dass Gemeinden ihre Liegenschaften gratis zur Verfügung stellen, sondern ihre Räumlichkeiten vermieten.<sup>75</sup> Auch sonst möchte die reformierte Kirche ihre Integrationsbemühungen verstärken. In diesem Zusammenhang ist das vom reformierten Stadtverband sowie der reformierten Landeskirche getragene Zentrum für Migrationskirchen von grosser Wichtigkeit. Dem Zentrum gehören acht Kirchen aus vier Kontinenten an. Seit November 2014 wird es von der Theologin Dinah Hess geleitet. Ein weiteres Standbein der Integrationsarbeit bildet die Seelsorge im Asylbereich (weiteres dazu unter „Ökumene“, S. 17).

Im Dezember wurde ein von rund 150 Pfarrerinnen, einigen Pfarrern sowie Theologiestudenten unterzeichneter offener Brief an Gottfried Locher, Präsident des Evangelischen Kirchenbundes publiziert. Dieser Brief beinhaltete Stellungnahmen zu Lochers fragwürdigen Aussagen zur „Feminisierung der Kirche“, welche er im November in einem Interview mit der „Weltwoche“ getätigt hatte. Locher suchte daraufhin das Gespräch mit den Erstunterzeichnerinnen des Briefes.<sup>76</sup>

### Christ-katholische Kirche

Am 13. und 14. Juni 2014 fand in Bern die Nationalsynode der Christkatholischen Kirche statt. Unter anderem befasste sich die Synode mit der Stellungnahme zum Resultat des Internationalen Dialogs zwischen den Altkatholischen Kirchen der Utrechter Union, zu der die Christkatholische Kirche der Schweiz gehört, und der

<sup>73</sup> NZZ, 21.3.2014

<sup>74</sup> Bucher, Delf 2014: Spätberufene sollen bald die Lücke füllen. *reformiert*. (Nr. 2.2 / Februar 2014).

<sup>75</sup> SRF, 31.10.2014

<sup>76</sup> Jost, Rita 2015: „Herr Locher, in welchem Jahrhundert leben wir denn!“. *reformiert.info* (Nr. 1.1 / Januar 2015).

lutherischen Kirche von Schweden. In dem 60-seitigen Papier wird den beiden Kirchen aufgrund bestehender Gemeinsamkeiten das Feststellen kirchlicher Gemeinschaft empfohlen. Die Synode hat den Bericht zur Kenntnis genommen, aber keine ausdrückliche Stellungnahme dazu abgegeben. Dieses Resultat wird der Internationalen Altkatholischen Bischofskonferenz zusammen mit den Reaktionen aus den anderen Kirchen der Utrechter Union als Grundlage für ihren Beschluss dienen, die Kirchengemeinschaft zwischen den beiden Kirchen festzustellen.

Eine solche Kirchengemeinschaft besteht bereits mit der Anglikanischen Kirche. An der Nationalsynode im Juni wurde erstmals über konkrete Ideen einer vertieften Zusammenarbeit mit der Anglikanischen Kirche in der Schweiz diskutiert. Das Vorhaben wird weiterverfolgt.<sup>77</sup>

## Ökumene

Am Ostermontag unterzeichneten Vertreter von sechs Kirchen die erweiterte Erklärung über die gegenseitige Anerkennung der Taufe. Neben der römisch-katholischen, der evangelisch-reformierten und der christkatholischen Kirche, welche bereits 1973 erklärten, sich gegenseitig die Taufe zu anerkennen, haben sich nun auch weitere Kirchen diesem ökumenischen Schritt angeschlossen. Es sind dies die Lutheraner, die Anglikaner und die Methodisten.<sup>78</sup>

Im Mai erregte ein noch unveröffentlichtes Grundsatzpapier der Schweizer Bischofskonferenz die Gemüter von Katholiken und Protestanten. Besagtes Papier beinhaltete die Forderung nach einem restriktiven Kurs bei der Eucharistiefeier – reformierte Gläubige sollten an katholischen Gottesdiensten keine Hostien mehr empfangen können, weil es gemäss offizieller Lehre keine Kirchengemeinschaft gibt. Als Reaktion auf den breit abgestützten Protest verzichtete die Bischofskonferenz darauf, das Papier zu veröffentlichen.

In ökumenischer Zusammenarbeit wurde der Lehrstuhl für „Spiritual Care“ an der Universität Zürich ins Leben gerufen, deren Lehre sich nicht nur an Theologiestudenten, sondern auch an angehende Mediziner richtet. Die katholische und die reformierte Kirche fungieren als Finanzgeber.

Ebenfalls finanzieren die beiden Kirchen die seit Beginn 2014 bestehende Seelsorge im Asylzentrum Juch, welche das Ziel verfolgt, den Asylsuchenden in ihrer belastenden Situation zur Seite zu stehen. Seit der Eröffnung des Zentrums Anfang 2014 sind die Kirchen seelsorgerisch präsent. Von reformierter Seite ist Pfarrer Marcel Cavallo vertreten, von katholischer Seite Pfarrerin Jeanine Kosch. Auch die Möglichkeiten für den Einbezug eines muslimischen Seelsorgers wurde Ende Jahr geprüft, jedoch noch nicht konkretisiert.

## Islam

### Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich VIOZ

An der Generalversammlung im März 2014 wurde Büsra Kücükçaya als neues Vorstandsmitglied gewählt. Sie ersetzt den abtretenden Daniel Ibrahim Kientzler.

Im September 2014 hat sich der VIOZ-Vorstand für eine Aufnahme des Kulturvereins Embrach ausgesprochen. Eine definitive Aufnahme erfolgt durch die Generalversammlung im Folgejahr. Die vom Kulturverein betriebene Moschee in Embrach war während des Ramadans 2013 gegründet worden. Ein Jahr später stand die Moschee im Rampenlicht islamkritischer Medienberichterstattung. Der Moschee wurde vorgeworfen, dass sie der el-

---

<sup>77</sup> Medienmitteilung der Christ-katholischen Kirche vom 15. Juni 2014: Die Zukunft der Kirche planen – aber wie? <<http://www.kath.ch/medienspiegel/die-zukunft-der-kirche-planen-aber-wie/>> (Zugriff 28. April 2015).

<sup>78</sup> Wehrli, Christoph 2014: Eine gemeinsame Basis des Christentums. NZZ (19. April).

Furkan-Bewegung aus Deutschland nahe stehe, radikal-islamisches Gedankengut verbreite und zum heiligen Krieg aufrufe.<sup>79</sup> Der Präsident der Moschee hatte daraufhin in den Medien und gegenüber den Behörden in Embrach deutlich kommuniziert, dass es sich um eine Verwechslung handeln müsse.<sup>80</sup>

Im Juni 2014 hat die VIOZ mit der Umsetzung des Projektes Muslimische Notfallseelsorge Zürich<sup>81</sup> begonnen. Ziel des Projektes ist es, die muslimische Notfallseelsorge im Kanton Zürich nachhaltig zu professionalisieren. Das Projekt wird von Imam und VIOZ-Sekretär Muris Begovic geleitet. Seit Projektbeginn wurde eine Webseite aufgebaut sowie ein Konzept für die Zertifizierung muslimischer Notfallseelsorgerinnen und –seelsorger entworfen. Hierfür hat die VIOZ die Zusammenarbeit mit der Christlich-Islamischen Gesellschaft in Deutschland gesucht, mit welcher zusammen ein auf den Schweizer Kontext adaptiertes Curriculum entwickelt wurde.

Anfang November organisierte bzw. koordinierte die VIOZ wieder einen Tag der offenen Moschee (TOM), der im Vergleich zum Vorjahr sehr gut besucht war und auch von den beteiligten Moscheen positiv beurteilt wurde. Zudem hat dieses Jahr ein Gebetshaus zum ersten Mal den Tag der offenen Moschee an einem Sonntag durchgeführt, um auch den Juden, welche den Sabbat feiern, die Möglichkeit zu geben, eine Moschee besuchen zu können.

Bei den individuell vereinbarten Moscheeführungen stossen die Mitgliedervereine der VIOZ bereits an ihre Kapazitätsgrenzen. Die ehrenamtlichen Moscheeführerinnen und –führer können das steigende Interesse an einem solchen Angebot kaum mehr bewältigen. Diesbezüglich ist der VIOZ-Vorstand bemüht, die Moscheegemeinden zur Ausbildung neuer Moscheeführer zu motivieren. Gleichzeitig soll ein Fond eingerichtet werden, mit dessen Einnahmen aus Moscheeführungen (Kollekten, Spenden) die anfallenden Kosten übernommen werden sollen, für welche bis anhin die Amtsträger aufgekommen sind. Die Prüfung, ob es finanzielle Unterstützung vom Kanton Zürich für Moscheeführungen gibt, ist erfolglos geblieben.

Mit ihren Aktivitäten hat die VIOZ auch 2014 in mehrfacher Hinsicht zur Integration von Musliminnen und Muslimen beigetragen. Dazu gehören unter anderem arbeitsaufwendige Tätigkeiten im Interesse der Öffentlichkeit wie Moscheeführung, Vermittlung von Fachreferenten, Beratung, Mitwirkung bei Schulprojekten oder Medienarbeit. Eine wichtige Stütze bei dieser Arbeit sind die verschiedenen Fachkommissionen der VIOZ: Friedhof-Kommission, Jugend- & Militärkommission, Bildung-Beratungskommission und Kommunikationskommission.

An dieser Stelle sei vor allem auf die wichtige Arbeit der Bildung-Beratungskommission hingewiesen. Im Jahr 2014 hat die Kommission eine starke Zunahme von Anfragen für muslimische Seelsorgerinnen und Seelsorger in Spitälern verzeichnet. Die wachsende Anzahl an Anfragen von öffentlichen Institutionen überschreitet die Ressourcen der VIOZ in diesem Bereich. Zurzeit werden diese Anfragen von Imamen, meist ehrenamtlich, bearbeitet. Dies ist keine langfristige Lösung für das Bedürfnis der muslimischen Seelsorgethematik in Kanton Zürich. Der VIOZ-Vorstand ist dabei, Lösungsmöglichkeiten für dieses Bedürfnis zu prüfen.

Am 19. März 2014 fand das alljährliche Treffen zwischen muslimischen und christlichen Gefängnisseelsorgern statt. Gastgeber war diesmal die Volketswiler Moschee, das Iman-Zentrum.

---

<sup>79</sup> Vgl. Lacourrière, Deborah und Katia Murmann 2014: Radikale Islamisten formieren sich in Zürich. *Blick* (29. Juni).

<sup>80</sup> Vgl. Kohler, Franziska 2014: Moschee erteilte Teenagern angeblich Besuchverbot. *Tages-Anzeiger* (27. Dezember). Wie auch der Radiobeitrag von SF Radio „El Furkan – Skepsis bleibt“ vom 3. Juli 2014 <<http://www.srf.ch/news/regional/zuerich-schaffhausen/moslemverein-el-furkan-friedlich-oder-radikal-islamisch>> (Zugriff 14. April 2014).

<sup>81</sup> Für mehr Informationen dazu siehe <[www.islam-seelsorge.ch](http://www.islam-seelsorge.ch)>.

Zudem hat die Kommission im Jahr 2014 bewirken können, dass fünf Moscheen in Zukunft einen gemeinsamen Gebetskalender verwenden werden. Die Kommission verfolgt das Ziel, weitere Moscheen für diese Harmonisierung der Gebetszeiten gewinnen zu können.

## Interreligiöse Institutionen

### Rat der Religionen

Hisham Maizar, Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen der Schweiz (Fids) und Vorsitzender des Dachverbands Islamischer Gemeinden Ostschweiz, hat im Jahr 2014 den Vorsitz des Schweizerischen Rates der Religionen übernommen. Der Schweizerische Rat der Religionen SCR wurde 2006 gegründet und setzt sich aus leitenden Persönlichkeiten der Schweizer Bischofskonferenz, des Rats des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, der Christkatholischen Kirche der Schweiz, der orthodoxen Kirchen der Schweiz, des Schweizerischen israelitischen Gemeindebundes und islamischer Organisationen der Schweiz zusammen.

### Haus der Religionen

Am 14. Dezember 2014 wurde das Haus der Religionen in Bern offiziell eröffnet. Beinahe 10'000 Menschen wollten an diesem Tag das Haus der Religionen besuchen, und dieses grosse öffentliche Interesse war ein hoffnungsvoller Auftakt für dieses einzigartige Projekt. Während der vorangegangenen Monate hatten zahlreiche Bauleute aus verschiedenster Kulturen und Sprachen an den Sakralräumen der Religionsgemeinschaften gearbeitet; diese waren den Gemeinschaften im Juli 2014 im Rohbau zur selbstständigen Ausgestaltung übergeben worden. Auch der Innenausbau des Dialogbereiches hatte viel Zeit in Anspruch genommen. Die Leitung des Hauses der Religionen war am 1. März an David Leutwyler übergeben worden; für die Leitung des Kultur- und Bildungsbereiches zeichnen seit Beginn 2014 Marco Röss und Brigitta Rotach verantwortlich. Sie entwickelten ein breit abgestütztes Programm, welches Bildungs- und Integrationsprojekte ebenso beinhaltet wie Veranstaltungen für das seelische und leibliche Wohl. Erklärtes Ziel der Arbeit im Haus der Religionen ist nicht nur die Pflege des interreligiösen Dialoges, sondern auch der Einbezug areligiöser Personen, da dieser Brückenschlag in den kommenden Jahrzehnten wohl weiter an Bedeutung gewinnen wird.

### Interreligiöser Runder Tisch im Kanton Zürich

2014 feierte der interreligiöse Runde Tisch im Kanton Zürich sein zehnjähriges Jubiläum. Der Runde Tisch geht auf eine Initiative des damaligen Kirchenratspräsidenten Ruedi Reich zurück. Stein des Anstosses war die im Jahr 2003 abgelehnte kantonale Abstimmungsvorlage für eine Gesetzesvorlage, die im Kanton Zürich das Zusammenwirken von Staat und Religionsgemeinschaften neu hätte regeln sollen. Im Vorfeld der Abstimmung hatten die Religionsvertreterinnen und -vertreter eng zusammengearbeitet und waren dann über das Abstimmungsergebnis sehr enttäuscht. So hätte die Gesetzesvorlage die Möglichkeit für die Anerkennung jüdischer und muslimischer Religionsgemeinschaften geboten. Ruedi Reich ergriff daraufhin die Initiative, diesen Austausch zwischen den Gemeinschaften mit einem Interreligiösen Runden Tisch zu institutionalisieren. Die Leitungspersonen der römisch- und christkatholischen Kirche und jene der jüdischen und muslimischen

Gemeinden zogen mit, später kamen Vertreterinnen und Vertreter der Buddhistischen Union und des Anatolisch-Alevitischen Kulturzentrums hinzu.<sup>82</sup>

Das 10-jährige Jubiläum feierte der Interreligiöse Runde Tisch im Kanton Zürich mit drei Anlässen. Am 23. September 2014 fand im Haus zum Rechberg die offizielle Jubiläumsfeier mit Vertreterinnen und Vertretern der Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich statt. Am 2. November 2014 organisierte der Runde Tisch ein interreligiöses Podium, das mit einem Festvortrag von Prof. Susanne Heine zum Thema Fundamentalismus und Religionen eröffnet wurde. Am 8. November 2014 fand dann ein Konzert des Chores der Nationen Zürich mit über 100 Mitwirkenden aus über 20 Nationen im Fraumünster statt.

### Zürcher Forum der Religionen

Das Zürcher Forum der Religionen hat auch im Jahr 2014 verschiedene Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen durchgeführt und sich als Anlauf- und Vermittlungsstelle zwischen verschiedenen religiösen Gemeinschaften einerseits und zwischen religiösen und politischen Institutionen andererseits engagiert. Einen Überblick über die in diesem Jahr getätigten Aktivitäten des Forums findet sich im Jahresbericht 2014, einsehbar auf der Homepage des Zürcher Forums der Religionen.



---

<sup>82</sup> Schenk, Christian 2014: Vielstimmig am runden Tisch. *notabene* (Ausgabe 8/2014).